

Andreas Novy

**Die Große Transformation emanzipatorisch gestalten –  
Implikationen für Europa**

Momentum-Kongress 2014 - Emanzipation

Hallstatt, 16.-19.10.2014

Track 10: „Emanzipatorisches (in) Europa?“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Der vorliegende Text ist eine Weiterführung von Überlegungen, die in *Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen*. No. 2/2014 „Kurswechsel für ein gutes Leben“ begonnen wurden.

Europa ist im Umbruch. Meine These, die ich im Folgenden ausführen möchte, ist, dass es sich hierbei um keine kleine Krise handelt, die an ihrem Ende zum Zustand vor der Krise zurückführt. Vielmehr ist zu vermuten, dass dieser Umbruch zu umfassenden Veränderungen des liberalen, demokratisch organisierten und sozial abgefederten Kapitalismus wie er sich nach dem 2. Weltkrieg in Europa etablierte, führen wird. Das von Karl Polanyi eingeführte Konzept einer Großen Transformation identifizierte in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts eine ähnliche Krise der damaligen liberalen Marktgesellschaft. Doch auch damals gab es heftige soziale Auseinandersetzung darüber, wie die Exzesse eines liberalen *Laissez-faire*, wie würde heute von Marktfundamentalismus reden, eingeschränkt und Wirtschaft erneut in Gesellschaft eingebettet werden könne: Faschismus war die reaktionäre Antwort, die zu gesellschaftlichem Rückschritt, Reformpolitik a la New Deal die progressive, emanzipatorische Antwort, die schließlich einige Jahrzehnte in einem Wohlfahrtskapitalismus mündete (Schulmeister 2014).

Überlegungen über die Zukunft Europas in dieser Transformation müssen gleichermaßen den bisher privilegierten Status und den rasanten Bedeutungsverlust Europas als grundlegend neue geökonomische Konstellation berücksichtigen (UNDP 2013: 12-18). Gegenwärtig verändert sich die Jahrhunderte alte ungleiche Weltordnung, von der in erster Linie die Menschen im Globalen Norden profitierten. Der vorliegende Text basiert auf der Annahme, dass sich die historische Funktionsweise ungleicher Entwicklung in einem Veränderungsprozess befindet, der für große Teile der europäischen Mittel- und Unterschicht zu Verschlechterungen führen kann. Der gleichzeitige Machtgewinn aufstrebender Staaten und transnational agierender Konzerne untergräbt die materielle Basis der europäischen Wohlstandsinseln. Damit könnte sich die ökologische Problematik der „imperialen Lebensweise“ in Europa auf perverse Art lösen, wie die Klimazielerfolge an Europas Peripherie als Folge der Sparpakete zeigen.

Auf den kommenden Seiten beschäftige ich mich mit den Konsequenzen sozialer, ökologischer, ökonomischer und politischer Umbrüche für Europa. Es geht im Sinne emanzipatorischer Politik darum, wie Menschen in Europa heute den problematischen Abschied von einem nicht-nachhaltigen Lebensstil nicht einfach erleiden, sondern gestalten können. Dabei wurzelt die Suche nach Handlungsmöglichkeiten gleichermaßen in Verantwortungsgefühl wie Eigeninteresse. Europa, dessen Wohlstand wesentlich auf dem exzessiven Ressourcenverbrauch einer von fossilen Energieträgern abhängigen Produktions- und Lebensweise beruht, hat eine historische Verantwortung, den Übergang zu einer

postfossilen Gesellschaft umgehend einzuleiten. Es ist aber auch im Eigeninteresse Europas, kompetitive Formen der Krisenbearbeitung durch kooperative und solidarische zu ersetzen, weil eine Verteilung knapper Ressourcen gemäß des Rechts des – militärisch oder wirtschaftlich – Stärkeren mittelfristig zulasten der europäischen Mittel- und Unterschicht gehen wird. Die schon kurzfristig spürbaren vielfältig negativen Folgen des Konflikts mit Russland lassen dies erahnen.

### **Interpretationen der Krise**

Die Interpretationen des Umbruchs sind vielfältig; gegenwärtig stehen insbesondere ökologische Ansätze, die zumeist Energie- und Ressourcenverbrauch als Kern des Problems identifizieren, und sozioökonomische Ansätze, die die zunehmende Ungleichheit als zentrales Problem sehen, neben- und teilweise gegeneinander. Die folgenden zwei Krisendeutungen zeigen, wie wenig Konsens bei emanzipatorischen Bewegungen darüber besteht, in welcher Situation wir uns befinden und was effektive Handlungsstrategien wären. Sie zeigen auch die große Kluft zwischen Umwelt- und Gewerkschaftsbewegung.

1) Die klassisch linke Interpretation erinnert daran, dass der Wohlfahrtskapitalismus mit starken Gewerkschaften und einem bürokratischen Sozialstaat ein einzigartiges Modell des Massenwohlstands war (Judt 2010). Durch die weitgehende Universalisierung von Gesundheit, Bildung und Altersvorsorge im 20. Jahrhundert in Nordwesteuropa wurde Freiheit als Befähigung verstanden. Freiheit wurde zu einem Recht, das „weit über die engen Grenzen des politischen Bereichs in die innere Struktur der Gesellschaft schlechthin“ reichte (Polanyi 1978: 339). Die klassisch sozialdemokratische Interpretation betont die Wichtigkeit von Gleichheit und inklusiven Gesellschaftsmodellen „für alle“. Krisenursache heute ist für sie wesentlich eine falsche Wirtschaftspolitik, die mit derjenigen der Weltwirtschaftskrise nach 1929 vergleichbar ist: Liberalisierte Finanzmärkte und Austeritätspolitik führen zur Konzentration von Einkommen und Vermögen und damit zu fehlender Massenkaufkraft (Schulmeister 2014). Neoliberaler Kapitalismus ist dysfunktional und führt zu Schrumpfen *by desaster* statt *by design*, zu Exklusion und fortgesetzter Krise. ReformerInnen in dieser Tradition fordern einen Politikwechsel aufbauend auf vergangenen Errungenschaften: soziale Rechte für alle und Beschränkung der Macht des Kapitals durch eine Ausweitung der öffentlichen Sphäre und der politischen Gestaltungsmöglichkeiten. Es ist dies die Position von

Teilen der Gewerkschaftsbewegung, Sozialdemokratie, progressiven Parteien und „Europa geht anders“.

2) Zwar ebenfalls reformistisch, aber von einem ökologischen und eher liberalen Gesichtspunkt ausgehend argumentiert das Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Gesundheit und Umwelt der deutschen Bundesregierung (WBGU 2011) zu „Welt im Wandel - Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“. Seine Krisenanalyse betont die Energieabhängigkeit unserer Produktions- und Lebensweise und postuliert die Notwendigkeit eines Übergangs zu einer postfossilen Gesellschaft. Der WBGU sieht diesen Übergang als eine grundlegende Transformation, vergleichbar mit der industriellen Revolution, durch die die Agrargesellschaften abgelöst wurden. Heute erfordere eine Transformation zur Nachhaltigkeit umfassende Veränderungen unseres Energiesystems, unserer Städte und Landnutzung. Die vom WBGU vorgeschlagene Strategie versteht sich ebenfalls als fortschrittlich und setzt auf „Pioniere des Wandels“, die als gesellschaftliche Avantgarde Veränderung initiieren und Leitbilder sowie alternative Lebensentwürfe der Nachhaltigkeit entwickeln, wie beispielsweise das „gute Leben“ (WBGU 2011: 84), das nicht vornehmlich auf materiellem Reichtum beruhe. Für ein gutes Leben brauche es auch Anerkennung durch Andere und die Erfüllung ästhetischer und hedonistischer Genüsse. Es ist dies die Position von wesentlichen Teilen der institutionalisierten Umweltbewegung, der Grünen und der Green Economy-Fraktion des Industriekapitals.

### **Polanyi und das gute Leben für alle**

Die beiden Interpretationen haben unterschiedliche Annahmen darüber, welche die relevanten Aspekte einer Transformation sind: Die klassisch linke Interpretation betont den Verteilungsaspekt, WBGU das Energieregime. Den Begriff der Großen Transformation hat Karl Polanyi 1944 geprägt, am Ende zweier großer Kriege und einer langen Wirtschaftskrise. Polanyi verbindet auf originelle Weise konservative und radikale Überlegungen und sieht sozialen Fortschritt einerseits und Bewahrung von sozialen Institutionen und Ökosystemen andererseits nicht als Gegensätze. Damit schlägt sein nicht-teleologischer Fortschrittsbegriff Brücken zwischen Umwelt- und Gewerkschaftsbewegung. Anders als der WBGU (2011: 94) sieht Polanyi (1978: 59) die Große Transformation von der Agrar- zur Industriegesellschaft nicht als reine Fortschrittsgeschichte: Die Verbesserung der Produktionsmittel ging im 18. Jahrhundert in Westeuropa mit der katastrophalen Erschütterung der Lebensbedingungen des

einfachen Volkes einher - die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer. Das 19. Jahrhundert führte zur ersten liberalen Globalisierung und einem „hundertjährigen Frieden“, der von Wiener Kongress bis 1914 dauerte (Polanyi 1978: 19-41); gleichzeitig identifizierte Polanyi (1978: 329) schon damals eine Doppelbewegung, die in der Verbreiterung der Utopie des Laissez-faire einerseits und den vielfältigen Bewegungen der Gesellschaft zum Selbstschutz andererseits bestand (siehe Markantonatou 2014: , die diese Doppelbewegung auch in der gegenwärtigen griechischen Krise wahrnimmt),. Zum einen wurden Boden, Geld und Arbeit zu künstlichen, „fiktiven“ Waren. Damit weitete sich die Marktlogik auf neue gesellschaftliche Bereiche aus. Gleichzeitig hemmten territorial organisierte Sicherungssysteme wie bäuerliche und gewerkschaftliche Genossenschaftsbewegungen, die Bismarckschen Sozialgesetze und die Schutzzollpolitik der imperialen Mächte die Entfesselung der Ökonomie. Polanyi interpretierte die Ereignisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als ein fulminantes, er vermutete sogar endgültiges Scheitern der liberalen Utopie selbstregulierender Märkte. Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkriegs machten dieses Scheitern und nicht zuletzt die Gefahr des Kommunismus in Teilen Europas ein Reformprojekt attraktiv, Freiheit nicht nur als Privileg weniger, sondern als Möglichkeit für alle zu verwirklichen (Polanyi 1978: 339). Der auf den Trümmern von Krieg und Faschismus entstandene gesellschaftliche Konsens brachte tatsächlich erstmals in Ansätzen ein *gutes Leben für alle* – innerhalb bestimmter Räume, fortbestehender Klassenunterschiede und einem auf fossilen Energieträgern basierenden Wachstumsregime. In den vergangenen Jahrzehnten unterminierte der Neoliberalismus dieses territorial beschränkte Inklusionsmodell (Atzmüller 2014: 162f.). Die Ähnlichkeit der Krisenursachen 1929 und 2008 legt die Vermutung nahe, dass wir erneut mit einem, diesmal tiefer gehenden Scheitern der liberalen Ideologie konfrontiert sind. Doch nach 2008 wurde der von manchen übereilt als Endkrise des Kapitalismus gedeutete Crash durch massive Staatsinterventionen abgewendet. Und die Umweltkrise wird weiter vor allem mit konventionellen Mitteln kapitalistischer Steuerung bearbeitet.

Alle Interpretationen haben Konsequenzen für politisches Handeln und für die Möglichkeit breiter gesellschaftlicher Allianzen. Vereinfachte Lösungsansätze wie sparsamer Umgang mit Ressourcen oder keynesianische Ökoinvestitionen müssen in größere Zusammenhänge eingebettet werden, um möglichst wenig unerwünschte Nebenwirkungen zu haben. Weil die Probleme komplex sind, brauchte es pluralistische, auf verschiedenen Ebenen ansetzende und unterschiedlich ideologisch motivierte Allianzen, um Mensch und Natur vor den

zerstörerischen Tendenzen eines entfesselten Kapitalismus zu schützen. Wie von Polanyi schon für die erste liberale Globalisierung gezeigt, ist auch heute der Neoliberalismus für kapitalistische Entwicklung dysfunktional und führt sowohl zu reaktionären als auch progressiven gesellschaftlichen Bewegungen, die den Menschen Schutz vor bedrohlichen Veränderungen anbieten.

Das reaktionäre Leitbild für die anstehende Transformation existiert: ein gutes Leben für wenige. Als Reaktion auf die Verwerfungen, die ein ungesteuerter Umbruch produziert, ist ein Erstarren einer politischen Bewegung zu erwarten, die den Menschen verspricht, sie vor Veränderungen – Migration, Globalisierung, Kulturwandel, Konzernen - zu schützen. Sie vermittelt ihren AnhängerInnen, dass sie zu den wenigen gehören oder zumindest gehören können, wenn sie sich nur genug anstrengen. Konservativ-autoritäre Kräfte grenzen sich teilweise radikal von wirtschaftsliberalen Positionen ab und wollen liberales *Global Governance* und *Laissez-Faire* autoritär einschränken. Dies erfolgt immer – bewusst anti-emanzipatorisch - in Rückgriff auf nationalistische und traditionalistische Ideologien. Versprochen wird den „Tüchtigen“, den „Ordentlichen“ und „Unsrigen“ Schutz vor Veränderungen, allem voran durch den Ausschluss der „Anderen“. Angesichts der Schwäche der Zentrumsparteien ist das Wachstum rechtsextremer Parteien wahrscheinlich. Ihr Verhältnis zur neoliberalen Ideologie und den liberal-konservativen Kräften und Parteien ist widersprüchlich. Insbesondere in der Frage der europäischen Integration gibt es tiefe, reale Differenzen. Jedoch sollte das Beispiel der ersten Regierungsbeteiligung der FPÖ nicht dazu verleiten, darauf zu hoffen, dass Rechtsextreme am „Praxistest“ scheitern. Orban zeigt die Lernfähigkeit des rechten autoritären Modells und die Möglichkeit, auf liberaldemokratischem Weg eine neue, autoritäre soziale und politische Ordnung zu schaffen.

Das Erstarren eines potentiell kohärenten rechten Gesellschaftsmodells wird die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen polarisieren. Aber nur die Rechte hat ein klares Bild der Zukunft, das sich an einem konservativen Familienmodell orientiert, das von Lakoff und Wehling (2008: 40-44) mit der „strenge Vater“-Metapher beschrieben wird. Aufgrund der – durchaus destruktiven, rückwärtsgewandten – Kraft dieses rechten Modells braucht es für eine linke Alternative nicht bloß die „richtigen Rezepte“, sprich Politikmaßnahmen, sondern auch die systematische Arbeit an emanzipatorischen Leitbildern, Utopien und gemeinsamen Metaphern. Lakoff und Wehling (2008: 46-52), die Diskursanalysen mit neurowissenschaftlichen Erkenntnissen verbinden, schlagen die „fürsorgende Eltern“-

Metapher als Grundlage eines emphatischen, auf einem öffentlichen Sektor und sozialen Rechten aufbauenden progressiven Gesellschaftsmodells vor (Lakoff/Wehling 2008; 2012). Ich habe an anderer Stelle (Novy 2013) das *gute Leben für alle* als inklusive und nachhaltige Leitidee für die Bewältigung der Großen Transformation vorgeschlagen. Sie erzählt von einer Welt, in der für alle Platz ist und wir unseren Planeten als Garten verstehen, den es gemeinsam zu bewirtschaften gilt. Diese konkrete Utopie betont die Chance und die Verantwortung, den Übergang zu einer nachhaltigen und solidarischen Gesellschaft gemeinsam zu gestalten. Ebenso wie die reaktionäre Leitidee des vollen Boots und der „Festung Europa“ ist ein gutes Leben für alle mit der Ideologie des *Laissez-faire* unvereinbar. Für seine Umsetzung notwendig wäre jedoch eine Horizonterweiterung, und zwar sowohl von reduziert sozialen als auch verengt ökologischen Krisenbearbeitungen Dies erfordert eine Allianz aus sozialen und Umweltbewegungen und ein Bündnis aus Mittel- und Unterschicht. Wie dies im 21. Jahrhundert in Europa möglich werden kann, ist offen, denn aktuell sind die Akteure dieser Transformationsbewegung stark isoliert. Es erfordert also sicherlich eine breite Bewegung, in der vielfältige konkrete Erfahrungen geglückter kooperativer und solidarischer Entwicklung gemacht werden können und darüber kleine und große sinnstiftende Geschichten erzählt werden.

Eine progressive Erzählung zu verankern ist zur Zeit in Europa vor allem deshalb so schwer, weil Europas Linke zwar nicht neoliberal, aber in großen Teilen liberal, individualistisch und mittelschichtorientiert ist. So verkörpern die von WBGU (2011) angesprochenen kaufkräftigen und nachhaltigen KonsumentInnen tatsächlich eine Avantgarde alternativer Lebensführung. Doch verbrauchen ökologisch ausgerichtete Bevölkerungsgruppen ohne Umweltbewusstsein, insbesondere arme und armutsgefährdete Haushalte manchmal weniger Ressourcen als diese Avantgarde – weil sie weniger Geld haben oder Sparsamkeit als Wert ansehen (Brunner 2014). Bedeutsamer als die Widersprüchlichkeit individueller Lebensführung ist aber die Einstellung zu politischer Organisation und die Vorstellung von gesellschaftlicher Ordnung. Linksliberale betonen die zentrale Rolle selbstbestimmter Individuen und nähren so die tiefsitzende Aversion gegen Institutionen, insbesondere den Staat. Sie setzen auf Einzelinitiativen und überlassen die Gestaltung der Zukunft nicht nur in der Ökonomie der (unsichtbaren) Hand des *Laissez-faire*. Radikal ökologische Initiativen wiederum tendieren dazu, ihre Alternativen in Gemeinschaften Gleichgesinnter umzusetzen und vermeiden auf diesem Wege, die mühsame demokratische Suche nach Gemeinsamkeiten auch mit Andersdenkenden. Es ist aber genau letzteres, was Grundlage jeder politischen

Bewegung in einem aus Verschiedenen bestehenden Gemeinwesen ist. So wie der historische Verweis auf den New Deal erinnern die gegenwärtigen lateinamerikanischen Erfahrungen, dass mit einem aktiven Staat zwar nicht alles gut wird, dass aber ohne Staat die wesentliche Sicherheit und Schutz gewährende Institution kapitalistischer Marktgesellschaften fehlt. Der Staat ist nämlich gleichermaßen eine Institution der Herrschaft und der Emanzipation.

### **Trans-Form-ationen zur nachhaltigen Gesellschaft**

In Umbruchszeiten verändert sich die Art zu denken, zu arbeiten und zu entscheiden. Dies umfasst gerade auch die grundlegenden Institutionen einer sozioökonomischen Ordnung, wird aber in der Diskussion um sozialökologische Transformation oft ausgeblendet (siehe Kritik bei Brand 2012). In kapitalistischen Marktgesellschaften gibt es zumindest drei grundlegende Formen: Ware, Kapital und Staat (vgl. insbes. Becker 2002). Ich nenne die grundlegende Veränderung sozialer Formen kapitalistischer Marktgesellschaften Transformation, Trans-Form-ation, Veränderung sozialer Formen. Mit den in Tabelle 1 systematisierten und im Folgenden ausgeführten Überlegungen möchte ich den Horizont für eine umfassende Transformation erweitern. Die theoretische Reflexion über Trans-Form-ation – also nicht nur oberflächliche, sondern tiefgehende Formveränderungen - hat auch eine politische Zielsetzung: Praxisfelder zu identifizieren, in denen Erfahrungen gesammelt werden können, wie avantgardistische Praktiken zu einer für alle lebenswerteren Gesellschaft führen können.

Bis heute hat nämlich sozialer und kultureller Fortschritt immer nur zu einem guten Leben für eine Minderheit geführt, in der Antike zum Beispiel für die freien Besitzbürger, während SklavInnen, Frauen und Fremde auf unterschiedliche Weise ausgegrenzt waren (Schmid 2013). Im Kapitalismus schließlich ging ein einzigartiger Schub an individualisiertem Freiheitsgewinn einher mit einer bis dahin unbekanntenen Ausbeutung von Natur und Mensch. Die Früchte dieses Fortschritts basieren auf einem fossilen, nicht erneuerbaren Energiesystem und kommen wiederum nur einer Minderheit zugute. Die europäische Arbeiterschaft profitierte als Teil dieser Minderheit lange von diesem expansiven Wirtschaftssystem durch Kolonialismus, Imperialismus und Freihandel. Mit der großen neoliberalen Umverteilung zu den Vermögendsten änderte sich dies (Piketty 2014). Die Hoffnung, Schritt für Schritt eine Gesellschaft zu schaffen, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist (Marx/Engels 1986: 69), realisierte sich nicht. Aber selbst die Sicherung

des bestehenden Wohlstands wird für einen größer werdenden Teil der europäischen Bevölkerung immer schwieriger.

Tabelle 1: Ansätze einer Großen Transformation zur nachhaltigen Gesellschaft

	(1) WARE	(2) KAPITAL	(3) STAAT
<b>Funktionsweise</b>	Bedürfnisbefriedigung via Geld durch Waren	Wachsen oder Untergehen	Das Politische, Wirtschaft und Gesellschaft sind getrennte Sphären
<b>Mythen</b>	<b>Warenfetisch –</b> Ohne Preis kein Wert	<b>Wachstumszwang –</b> Ohne Wachstum kein Fortschritt	<b>Staatsillusion –</b> Macht ist im Staat verortet
<b>Frage</b>	Wie können nicht-marktliche, gemeinschaftliche und kollektive Formen der Bedürfnisbefriedigung gefördert werden?	Wie kann eine auf Kooperation und Suffizienz ausgerichtete Produktionsweise gefördert werden?	Wie kann die politische Gestaltung, Planung und Ordnung moderner Gesellschaften durch ein partizipatives Gemeinwesen erfolgen?
<b>Praxisfeld mit visionärem Ausblick</b>	<b>Soziale und ökologische Infrastruktur</b> für Mobilität, Pflege, Kinderbetreuung, Nahversorgung und Naherholung	<b>Suffizienzorientierte regionale Kreislaufwirtschaften</b> basierend auf dezentraler Energieversorgung, Biolandwirtschaft und Bio-Agroindustrie	<b>Partizipative Demokratie</b> (Demokratisierung aller Lebensbereiche mit unterschiedlichen Formen von Demokratie – beteiligungsorientiert, repräsentativ, direkt) <b>schafft einen öffentlichen Staat</b>

Jede Transformationsstrategie muss die Funktionsweise des Systems verstehen, das es zu verändern gilt. Kapitalismus bedeutet (1) Bedürfnisbefriedigung vor allem mittels Geld durch Waren, (2) einen Zwang zu wachsen, wobei das Ignorieren des Akkumulationszwangs mit dem Untergang bestraft wird – Stillstand ist nicht möglich - und (3) die Trennung des Politischen, also Demokratie und Gemeinwohlorientierung, von der Wirtschaft, in der Prinzipien von Konkurrenz und Individualismus vorherrschen. Doch diese Funktionsweisen führen zu Mythen, in denen die heute herrschenden Grundformen als natürlich und ewig angesehen werden. Diese Mythen verhindern strukturelle Transformationen. (1) Der Geld- und Warenfetischismus unterteilt miteinander verbundene Elemente von Gesellschaft und Natur in abgrenzbare Güter, als hätte nur das einen Wert, was einen Preis hat. Wenn es sich rechnet, werden Gemeinschaften und Biotope zerstört. So wird eine holistische Herangehensweise erschwert, und Lebenschancen werden an den Besitz von Geld gekoppelt. (2) Der Wachstumszwang behindert ressourcenschonende Wirtschaftsweisen ebenso wie Kooperation, Eigenarbeit und Reziprozität. Deshalb kritisiert die Postwachstumsökonomie den Mythos, es gäbe ohne Wachstum keinen Fortschritt. Was diese Kritik unterschätzt ist der durch Konkurrenz erzeugte Wachstumszwang. Kapital ist kein Schatz, den man horten kann, sondern eine herrschaftlich organisierte soziale Beziehung von Produktionsmitteln, Technologien und Arbeitskräften (Brand 2014a). Unternehmen müssen im Kapitalismus ständig wachsen, wenn sie nicht vom Markt verdrängt werden wollen. Genügsamkeit ist dauerhaft nur möglich, wenn Produktionsweisen gefördert werden, in denen vermehrt für

lokale Märkte, mit Klein- und Mittelbetrieben und teilweise auch für den Eigenbedarf produziert wird. (3) Die Staatsillusion trennt gesellschaftliche Sphären und sieht den Staat als einen für Wirtschaft und Gesellschaft externen Akteur. So wird die Bedeutung des Politischen gleichzeitig überschätzt („der Staat als Hüter des Gemeinwohls“) und unterschätzt („der Staat richtet nur Schaden an“). Staatsillusion als Über- oder Unterschätzung des Staates verhindert, diesen als ein mit Wirtschaft und Gesellschaft verwobenes Kräftefeld zu sehen, das durch kollektives und strategisches Handeln gestaltbar wäre. Aber weder wird es einem neuen „Roosevelt“ gelingen, einen New Deal ohne breiten Druck von unten umzusetzen, noch kann geleugnet werden, dass selbst in Zeiten der Globalisierung viele lateinamerikanischen Staaten – anders als Europa – ihren Handlungsspielraum nutzten und substantielle und unerwartete Erfolge in der Armutsbekämpfung und der Ausweitung des Binnenmarktes erzielten. Das Desinteresse der europäischen Linken und der linken Staatstheorie für diese durchaus widersprüchlichen Erfolge erschwert in Europa die Bildung öko-sozialer Allianzen (vgl. Novy 2013).

Warenfetisch, Wachstumszwang und Staatsillusion sind drei mächtige Mythen, die durch konkrete Erfahrungen und Kämpfe als das entlarvt werden müssen, was sie sind: durch Menschen veränderbare gesellschaftliche Strukturen. Ich möchte mich im abschließenden Teil dieses Textes auf die Transformation des Staates konzentrieren. Bis heute hat die Krise eher dazu geführt, dass die kapitalistischen Grundformen verfestigt wurden: Privatisierung sozialer Dienste, Finanzialisierung der Natur, Konzentration und Zentralisation wirtschaftlicher Macht durch Deregulierung und Aushöhlung rechtsstaatlicher, sozialstaatlicher und demokratischer Strukturen. Neoliberalismus führte nicht zu weniger Staat, sondern zu einem exkludierenden und autoritären. Die anti-staatliche Haltung ist selektiv. Sie richtet sich vorrangig gegen Sozialstaat und Mehrheitsentscheidungen, wenn immer diese den sozioökonomischen Status Quo in Frage stellen (Hayek 1978), während umgekehrt kein Liberaler nach 2008 zögerte, die Rettung der Privatwirtschaft mit explodierenden Budgetdefiziten und unter Umgehung juristischer Regelwerke öffentlich zu finanzieren.

Die Kritik des autoritären und exkludierenden Staates mündet häufig in der Betonung nicht-staatlicher Formen von Politik und Demokratie. Die Lösung läge in der „Zivilgesellschaft“ und dem Ausbau direkter Demokratie. Das Ergebnis ist in der Regel eher politische Fragmentierung als die Bildung breiter Allianzen. Viele der transformativen Bewegungen, die als Einzelinitiativen organisiert sind, tendieren zur *Single issue*-Bewegung, die einen Aspekt

der Transformation ins Zentrum stellt, ohne den Zusammenhang mit der notwendigen umfassenden Veränderung der herrschenden gesellschaftlichen Formen herzustellen. Damit entsteht aber keine Gegenmacht zur neoliberalen Hegemonie.

Die Große Transformation emanzipatorisch zu gestalten ist notwendig, wenn klar ist, was ein Festhalten am Status Quo in Europa bedeutet. Sozial aufsteigen im Rahmen des bestehenden Systems, sich ein gutes Leben erarbeiten, das können heute vor allem ArbeiterInnen, BäuerInnen und Mittelschichten der Schwellenländer, weshalb eine Abkehr vom vorherrschenden Wachstumsregime dort auf massive Widerstände stoßen wird, auch wenn die ökosozialen Kosten in den Megastädten des Globalen Südens schon heute sehr hoch sind. Der *European and American Way of Life* ist einfach nicht für alle möglich. So sind wir mit dem Paradox konfrontiert, dass gerade die EU, Hort neoliberaler Ideologie, zum Vorreiter der Begrenzung von Wettbewerb und Wachstum werden müsste, was gleichzeitig unter den gegebenen institutionellen und politischen Rahmenbedingungen kaum vorstellbar ist (Oberndorfer 2013).

### **Eine Europäische Verfassung basierend auf einer „gemischten Wirtschaft“**

Es braucht also eine Revolution, grundlegend andere Machtverhältnisse und eine breit geteilte Vorstellung darüber, wie der – im Sinne Polanyis – „Glaube“ an die selbststeuernde Kraft des Marktes durch eine vernünftige Wirtschafts- und Sozialordnung ersetzt werden kann. Leider „glauben“ die maßgeblichen VertreterInnen in den EU-Institutionen dogmatisch an die Überlegenheit von Märkten, Liberalisierung und Privatisierung. Kapitalistische Strukturen erscheinen so als natürlich; sie zu problematisieren als unerwünscht. Angesichts der herrschenden Machtverhältnisse, der Zusammensetzung der nationalen Regierungen in Europa, aber auch die des Europaparlaments und der Europäischen Kommission ist in nächster Zukunft von den zentralen europäischen Institutionen wenig Bereitschaft zum Umdenken zu erwarten. Die Dominanz von Konzern- und Finanzmarktinteressen in der EU wird auf diese Weise dysfunktional, denn sie produziert systematische Lernblockaden, die selbst durch die Krise 2008 kaum erschüttert wurden.

Jedoch basiert jedes demokratische und innovative Gemeinwesen auf öffentlichen Debatten und der Suche nach geeigneten Maßnahmen und Institutionen. Die bestehende Ordnung einer kapitalistischen, vermachteten Marktwirtschaft darf nicht, wie dies durch die *European*

*Governance* passiert, zur einzig möglichen Wirtschaftsordnung werden. Es ist dies eine doktrinäre Verengung, die angesichts der wirtschafts- und sozialpolitischen Dauerkrise seit 2008 unverantwortlich ist. Neben einer Produktionsweise, die auf Waren, Markt und Konkurrenz beruht, muss auch Platz sein für erprobte und neue Wirtschaftsweisen sein, wie kommunale Leistungserbringung, Genossenschaften, öffentliche Banken und vielfältige soziale Innovationen sozialökologischen Wirtschaftens. Vielen EU-KritikerInnen wird dies als zu wenig erscheinen, manch Vorsichtigem als zu weitreichend. Keine radikal andere, sondern eine gemischte Wirtschaftsordnung zu fordern, ist jedoch kein halbherziges pragmatisches Zugeständnis, sondern ergibt sich aus einer antidogmatischen Grundhaltung. Der Fehler marxistischer Transformationsvorstellungen wurzelt bei oftmals richtiger Problemanalyse in der Priorisierung einer politischen statt einer sozialen Revolution (Singer 1998). Die kommunistische Linke brach, wo immer sie an die Macht kam, den evolutionären Suchprozess, der die bestehende Ordnung durch kooperativere Formen ersetzen sollte, frühzeitig ab. Autoritarismus war die unvermeidliche Folge einer Wirtschaftssteuerung, die eine Zukunft, deren genaue Form niemand kennt, zentral plant. Dieses Experiment ist gescheitert und sollte nicht wiederholt werden. Vielmehr gilt es, eine zentrale Einsicht für Innovationen und Lernen aufzugreifen, nämlich die dafür notwendige „Unreinheit“ (*impurity*) jeder sozioökonomischen Ordnung (Hodgson 1999: 124-130). Unreinheit und Vielfalt gehen nämlich Hand in Hand. Selbst die kapitalistische Produktionsweise, die alle gesellschaftlichen Bereiche zu absorbieren trachtet, braucht Aktivitäten, die nach anderen Kriterien organisiert sind wie Reziprozität im Freundeskreis und unbezahlte Sorgearbeit für Jung und Alt. Diese Vielfalt an wirtschaftlichen Praktiken gilt es für die Große Transformation zu nutzen. Wenn es soziale Formen gibt, die ökologisch und sozial der Waren- und Kapitalform überlegen sind, dann muss sich dies ebenso in konkreten Praktiken und realen Verbesserungen der Lebensqualität und der Nachhaltigkeit des Wirtschaftssystems zeigen. Aber auch die Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik der EU muss endlich die Konsequenzen aus ihrem empirisch feststellbaren Scheitern ziehen (Flecker 2014). Eine gemischte Wirtschaft, die die Große Transformation unterstützt, folgt keinen dogmatischen Patentrezepten. So führt Arbeitsteilung oftmals, aber eben nicht immer zu Wohlfahrtsgewinnen. Stagnation in manchen Bereichen wird mit Wachstum anderer Wirtschaftssektoren, insbesondere im Bereich der Sorgearbeit und der sozialökologischen Investitionen einhergehen müssen. Aber vieles deutet darauf hin, dass die ideologischen Grundannahmen der *European Governance* falsch sind und auch die selbstgesteckten Ziele der europäischen Integration nicht erreichen.

## Weg von der Brüsselzentrierung

Auch wenn in den supranationalen europäischen Institutionen durch die neoliberale *European Governance* vieles schief läuft - es findet sich auch viel Emanzipatorisches in Europa. Vieles, das in der modernen Fortschrittsgeschichte an Rechts- und Wohlfahrtsstaatlichkeit erkämpft wurde, besteht fort. Die Lehren aus Jahrhunderten kriegerischer Auseinandersetzungen, von Kleinstaaterei und Imperialismus sind nicht alle vergessen. Große Teile Europas sind weiterhin im Weltmaßstab gesehen gute Orte zu leben. Emanzipatorisches Handeln in Europa hieße demnach, Altes, Erkämpftes zu verteidigen, zu bewahren und gleichzeitig „aus der Kritik der alten Welt die neue finden“, wie dies Rahel Jaeggi (2014: 277) in Anlehnung an Hegel als Methode der „immanenten Kritik“ herausarbeitet. Die Verteidigung und Weiterentwicklung öffentlicher Dienstleistungen und Infrastruktur ist ein Beispiel dialektischer Zukunftsgestaltung, die bewahrt und verändert (Prausmüller/Wagner 2014).

Im nationalen Machtraum verwirklichte Wohlfahrtsstaatlichkeit hat zu sozialstaatlich verbrieften sozialen Rechten geführt, deren Gewährleistung auf Wirtschaftswachstum und fossilem Energieregime basiert. Emanzipation ist widersprüchlich und auch hier gilt, dass die sozialökologische Transformation nicht geschichtslos gedacht werden kann. Ulrich Brand (2014b: 11) führt eine historische Perspektive ein und spricht von der „imperialen Lebensweise“ als eines nicht-nachhaltigen Lebensstils, der mit einer imperialen Produktionsweise einhergeht. Damit betont er die problematischen Aspekte des Wohlfahrtskapitalismus des 20. Jahrhunderts. Unterbelichtet bleibt der gleichzeitig vollzogene zivilisatorische Fortschritt der Institutionalisierung sozialer Rechte und einer öffentlichen, nicht kommerzialisierten Sphäre der Lebensgestaltung.

Für mich liegt die Relevanz Polanyis darin, die Vermutung zu nähren, dass die Zukunft Europas erneut an der Frage der Transformation von Wohlfahrtsstaatlichkeit entschieden wird. Die Bewahrung wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften wird nicht ohne Bruch, ohne Trans-Form-ation von Waren-, Kapital- und Staatsform möglich; und zwar heute mehr denn je auf mehreren räumlichen Ebenen gleichzeitig. Vor 90 Jahren schieden sich die Geister an der Einschätzung des „Roten Wiens“: Für Polanyi, den linken Reformen, war es ein Beispiel eingebetteter Ökonomie, für Hayek, Vordenker des Neoliberalismus, der Weg zur Knechtschaft (Novy 2013: 88). Wie der nationalstaatszentrierte Sozialstaat nach dem Zweiten Weltkrieg wird auch die ökologisch sensible Wohlfahrtsstaatlichkeit Europas im 21.

Jahrhunderts wesentlich von unten gebaut werden müssen. Der Sozialstaat des 21. Jahrhundert kann aus ökologischen Gründen nicht auf die Ausweitung des Massenkonsums setzen, sondern auf einen ökologisch ausgerichteten und qualitativ hochwertigen Ausbau der „materiellen“ Grundsicherung durch eine öffentliche Infrastruktur für Bildung, Pflege, Gesundheit, öffentlichen Verkehr und Wohnen und durch eine „immaterielle“ Grundausstattung mit mehr Freizeit (Marterbauer 2014: 45-47). So könnte Europa mit seinem höheren Niveau materieller Bedürfnisbefriedigung zur Avantgarde neuer Formen von Pflege, Urbanität, Mobilität und Energieversorgung werden. All dies ist nicht vorstellbar ohne eine neue europäische Verfassung, die neben Rechtsstaatlichkeit und einer gemischten, demokratischen Wirtschaftsordnung auch Sozialstaatlichkeit als Grundprinzip verankert.

Das Leitbild des *guten Lebens für alle* bietet einen methodischen Vorschlag für eine Lernbewegung, die die Bildung einer autoritären „Festung Europa“ verhindern und die Potentiale des anstehenden Umbruchs nutzen möchte. In der Ankündigung des Gute Leben für alle Kongresses in Wien im Februar 2014 heißt es: „Der utopische Horizont eines guten Lebens für alle bietet konkret, hier und jetzt einen Kompass zur Schaffung passender Rahmenbedingungen für die anstehende Transformation

- von innovativen Kollektivverträgen mit Freizeitoption zu einer neuen Work-Life Balance
- von einem Reparaturcafé zu einer Cradle-to-Cradle Ökonomie
- von einer demokratischen Bank zu einem gemeinwohlorientierten Finanzwesen
- von Food Cooperatives zu lokalen biologischen Landwirtschafts- und Ernährungssystemen
- von einem Car-Sharing Projekt zu einer postfossilen Stadt
- von einem Integrationskindergarten zu einer Stadt der Vielfalt“  
([www.guteslebenfueralle.org](http://www.guteslebenfueralle.org))

Diese Bewegung ist gleichermaßen top-down und bottom-up, pragmatisch und systemisch. Ihre Methode besteht in einem didaktischen Dreischritt. Er verbindet eine fundierte Problemanalyse, die die Notwendigkeit struktureller Veränderungen nahelegt, mit der Erarbeitung konkreter Utopien und ihrer schrittweisen Umsetzung. Es ist der Vorzug einer Orientierung am *guten Leben für alle*, dass die heute schon umsetzbaren Reformschritte in Richtung des utopischen Horizonts einer postfossilen, postkapitalistischen Gesellschaft gehen. Reform und Revolution sind keine Gegensätze. „Die strikte Privatisierung der Frage nach dem guten Leben war ein historischer Fehler – es ist an der Zeit, ihn zu korrigieren!“, meint Hartmut Rosa (2013) und betont damit, dass die Frage nach dem guten Leben eine

Schlüsselfrage für die Gestaltung des Gemeinwesens ist (Skidelsky/Skidelsky 2012). Es geht eben immer auch um die Frage, wie ein individuell gelungenes Leben mit dem guten Leben aller vereinbar ist – unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten.

Dazu braucht es wirksame Formen der Organisierung über den Kreis Gleichgesinnter hinaus. Notwendig ist eine Demokratisierung aller Lebensbereiche. Spontane und institutionenfreie Politikformen wie Besetzungen sind erste Ansatzpunkte. Doch zeigen die Ereignisse von Ägypten bis zur Ukraine, dass es neben Basisprotest einer engagierten Minderheit eine gemeinsame Vorstellung von einem Gemeinwesen braucht, das Partizipation und Ordnung vereint. Fehlt diese gemeinsame Vorstellung einer progressiven Form einer offenen und demokratischen Staatlichkeit folgen böse Überraschungen. Die bestehende Form des Staates muss verändert werden, seine autoritären und exkludierenden Elemente – insbesondere auch das Dogma der Wettbewerbsfähigkeit – müssen reduziert und seine emanzipatorischen Elemente, insbesondere von Rechts- und Wohlfahrtsstaatlichkeit, müssen gestärkt werden. Die Schaffung eines offenen, wissensbasierten und demokratischen Gemeinwesens ist zentraler Ansatzpunkt für die Große Transformation. Partizipative Demokratie ist das Konzept, das repräsentative und direktdemokratische Elemente vereint mit dem Ziel, den Raum öffentlicher Debatte und demokratischer Gestaltbarkeit zu erweitern. Die oben angesprochenen Versuche zur Transformation der Waren- und Kapitalform können so gebündelt und bewertet werden. Konkrete Erfahrungen und Praktiken in verschiedenen Bereichen wie städtischer Landwirtschaft, sozialem Zusammenhalt und neuen Formen von „Nutzen statt Besitzen“ sind wichtig, weil aus ihnen mehr werden kann als fragmentierte Einzelinitiativen. Gemeinsam kann aus Einzelstücken ein Mosaik entstehen. Wissensallianzen, in denen Engagierte, Fachleute und Betroffene zusammenarbeiten, können derartige Bemühungen unterstützen (Novy et al. 2013). Doch damit dies Wirklichkeit wird, muss Europa von unten auf neue Beine gestellt werden: durch Widerstand und Protest ebenso wie durch konkrete Alternativen.

## **Literaturverzeichnis**

- Atzmüller, Roland (2014): Die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates in der Krise. Soziale Sicherungssysteme und öffentliche Dienstleistungen in der Austerität. In: Prausmüller, Oliver/Wagner, Alice (Hg.): Reclaim Public Services. Hamburg: VSA, 159-178.
- Becker, Joachim (2002): Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. Marburg Metropolis.

- Brand, Ulrich (2012): Green Economy and Green Capitalism: Some Theoretical Considerations. In: Journal für Entwicklungspolitik XXVIII (3), 118-137.
- Brand, Ulrich (2014a): Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft. Motive, Argumente und Schwächen aktueller Wachstumskritik. In: PROKLA 175 (2), 289-306.
- Brand, Ulrich (2014b): Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt. In: Kurswechsel (2), 7-18.
- Brunner, Karl-Michael (2014): Sozialstrukturelle Dimensionen zukunftsfähiger Entwicklung. Ein soziologischer Beitrag zur Nachhaltigkeitsforschung. In: Bohmann, Gerda/Hofbauer, Johanna/Schüle, Johann August (Hg.): Sozioökonomische Perspektiven. Texte zum Verhältnis von Gesellschaft und Ökonomie. Wien: Facultas, 289-318.
- Flecker, Jörg (2014): Was ist schiefgegangen? Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen und die Qualität der Beschäftigung. In: Prausmüller, Oliver/Wagner, Alice (Hg.): Reclaim Public Services. Hamburg: VSA, 25-40.
- Hayek, Friedrich August (1978): The Constitution of Liberty. Chicago: University of Chicago Press.
- Hodgson, Geoffrey (1999): Economics and Utopia. London: Routledge.
- Jaeggi, Rahel (2014): Kritik von Lebensformen. Berlin: Suhrkamp.
- Judt, Tony (2010): Ill fares the land. London: Penguin Group.
- Lakoff, George/Wehling, Elisabeth (2008): Auf leisen Sohlen ins Gehirn - Politische Sprache und ihre heimliche Macht. Heidelberg: Carl-Auer.
- Lakoff, George/Wehling, Elisabeth (2012): The Little Blue Book. The Essential Guide to Thinking and Talking Democratic New York: Free Press.
- Markantonatou, Maria (2014): Social Resistance to Austerity: Polanyi's 'Double Movement' in the Context of the Crisis in Greece In: Journal für Entwicklungspolitik 30 - Rethinking Resistance in Development Studies (2), in print.
- Marterbauer, Markus (2014): Soziale Dienstleistungen, Arbeitszeitverkürzung, Vermögensbesteuerung – Elemente eines Kurswechsels zu einer emanzipatorischen Sozial- und Wirtschaftspolitik. In: Kurswechsel (2), 42-50.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1986): Manifest der Kommunistischen Partei. MEW 4. Berlin: Dietz, 459-493.
- Novy, Andreas (2013): Ein gutes Leben für alle - ein europäisches Entwicklungsmodell. In: Journal für Entwicklungspolitik XXIX (3), 77 - 104.
- Novy, Andreas/Habersack, Sarah/Schaller, Barbara (2013): Innovative forms of knowledge production: Transdisciplinarity and knowledge alliances In: Moulaert, Frank/MacCallum, Diana/Mehmood, Abid/Hamdouch, Abdelillah (Hg.): The International Handbook of Social Innovation. Collective Action, Social Learning and Transdisciplinary Research. Cheltenham: Edgar Elgar.
- Oberndorfer, Lukas (2013): Vom neuen, über den autoritären, zum progressiven Konstitutionalismus? Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie. In: Juridicum 1 (Demokratie in der Krise), 76-86.
- Piketty, Thomas (2014): Capital in the Twenty-First Century. Cambridge: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt: Suhrkamp.
- Prausmüller, Oliver/Wagner, Alice (2014): Reclaim Public Services. Bilanz und Alternativen zur neoliberalen Privatisierungspolitik. Hamburg: VSA.
- Rosa, Hartmut (2013): Was ist das gute Leben? In: Die Zeit. <http://www.zeit.de/2013/25/philosophie-gutes-leben>, 25.3.2014.

- Schmid, Elisabeth (2013): Theorien zum guten Leben. In: Journal für Entwicklungspolitik XXIX (3), 55-76.
- Schulmeister, Stephan (2014): Von Roosevelt lernen: Sein "New Deal" und die große Krise Europas In: (473/2014).  
<[http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=47263&mime\\_type=application/pdf](http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=47263&mime_type=application/pdf)>, 08.09.2014.
- Singer, Paul (1998): Uma utopia militante. Petropolis: Editora Vozes.
- Skidelsky, Robert/Skidelsky, Edward (2012): How much is enough? Money and the good life. New York: Other Press.
- UNDP (2013): The Rise of the South: Human Progress in a Diverse World. Human Development Report. New York: UNDP.
- WBGU (2011): Hauptgutachten. Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Umweltveränderungen), WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale (Hg.). Berlin.